



Finanzgruppe

Deutscher Sparkassen- und Giroverband

Es gilt das gesprochene Wort

Statement

SPERRFRIST bis 12.09.2023, 11 Uhr

des Präsidenten des
Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes

Helmut Schleweis

anlässlich der Pressekonferenz „Zukunft Mittelstand“
des DSGVO

am 12. September 2023 in Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, dass Sie sich für die wirtschaftliche Lage der mittelständischen Unternehmen interessieren. Herzlich willkommen zu unserer Pressekonferenz. Für dieses Interesse gibt es gute Gründe. Denn Deutschland steht vor wichtigen Weichenstellungen. Es geht um nicht weniger als die Frage, ob unser Land ein Top-Wirtschaftsstandort bleibt – oder ob wir uns mit einem schleichenden Niedergang abfinden. Davon hängt unser aller Wohlstand in der Zukunft ab. Vor fast genau einem Jahr konnten wir nicht sicher sein, wirtschaftlich gut durch den Winter zu kommen.

Sie erinnern sich:

- Es ging um Gasmangellagen.
- Es ging um die Befürchtung, dass ganze Wirtschaftssektoren drastisch die Produktion einschränken müssten.
- Und es ging um die Frage, ob Deutschland für energieintensive Industrien überhaupt noch ein attraktiver Standort sein würde.

Durch diese letzten Monate ist unser Land deutlich besser gekommen, als viele das erwartet haben. Grundlage dafür war eine ganz erstaunliche Flexibilität der deutschen Wirtschaft, die sich sehr schnell an die neue Lage angepasst hat. Vor allem die mittelständischen Unternehmen haben auch in diesen krisenhaften Monaten wiederum eine sehr hohe Resilienz bewiesen. Damit haben sie stabilisierend auf die wirtschaftliche Entwicklung eingewirkt und zum Erhalt des Wohlstands in Deutschland beigetragen. Wenn also dieser Tage der Eindruck entsteht, nichts in Deutschland funktioniert mehr, dann möchte ich entgegenhalten: Doch, der Mittelstand funktioniert, er ist das Aushängeschild unseres Landes. Und genau deshalb ist es jetzt so wichtig, dass eben dieser Mittelstand als wesentliche Stabilitätssäule dieses Landes nicht überlastet wird. Denn wir alle brauchen den Mittelstand, um darauf die neue wirtschaftliche Stärke Deutschlands aufzubauen. Ich möchte Ihnen Deutschlands wirtschaftliches Fundament in aktuellen Zahlen etwas näherbringen. In einer gesamtwirtschaftlich sehr schwierigen Lage ist zumindest der großen Mehrheit der mittelständischen Unternehmen 2022 etwas sehr Bemerkenswertes gelungen: Sowohl die Umsätze als auch die Gewinne sind im Branchendurchschnitt noch einmal gewachsen – die Umsätze um 14 %, die Gewinne sogar um 17 %. Die immensen Preissteigerungen auf der Einkaufsseite konnten also durch Einsparungen anderenorts, vor allem aber durch höhere Verkaufspreise, mehr als kompensiert werden. Sie wissen, dass dies seine Schattenseiten hat, wenn wir an Verbraucherpreise und Inflation denken.

Es ist aber auch deshalb bemerkenswert, weil ja viele Mittelständler auch Zulieferer für andere Wirtschaftssektoren sind, also offensichtlich auch im B2B-Bereich unverzichtbar sind und so eine relative Marktstärke haben.

Die Eigenkapitalquote liegt im Schnitt bei guten rund 38 %. Dabei dürfen wir nicht übersehen, dass dies der Durchschnitt ist. Natürlich gibt es einzelne Sektoren und Unternehmen, die große Schwierigkeiten haben. Dennoch ist die Eigenkapitalausstattung so, dass die Unternehmen robust aufgestellt sind. Jetzt kommt allerdings das große ABER. Denn Deutschland weist einige spezifische Schwächen auf, an denen dringend gearbeitet werden muss. Wir dürfen nicht auf Dauer von der Substanz leben – und schon gar nicht das mittelständische Fundament bröckeln lassen. Deutschland ist das einzige der zuletzt untersuchten Industrieländer, in dem das BIP 2023 leicht schrumpfen wird. Für alle anderen ist ein positives, teils robustes Wachstum zu erwarten. In einigen Branchen tauchen bereits Risse im Fundament auf. Das betrifft insbesondere die Baubranche, die Gastronomie und den Einzelhandel. Die Insolvenzen sind im historischen Vergleich noch auf einem niedrigen Niveau, sie steigen aber. Die Auftragseingänge in der Industrie und Bauwirtschaft sind rückläufig, die Einzelhandelsumsätze sinken real, das Preisniveau ist weiterhin hoch.

Wir müssen uns also mit den spezifischen Aufgaben unseres Landes beschäftigen. Lassen Sie mich die drei wichtigsten Faktoren klar benennen:

- Energie
- Digitalisierung
- Arbeitskräfte.

Erstens: Energie ist der drängendste Punkt. Der Industriestrompreis in Deutschland ist zwischen 2020 und 2022 um 155 % gestiegen. Nur in Dänemark und Italien ist die Kilowattstunde teurer. Und das trifft unser Land ganz besonders. Denn Deutschland hat zum Glück noch eine ausgeprägte Industriestruktur. Die aber ist auch besonders energieintensiv. Der Energiepreis spielt also für die deutsche Wettbewerbsfähigkeit eine zentrale Rolle. Dieser Faktor lässt sich nicht durch staatliche Energiepreis-Subventionen wegretuschieren. Wir brauchen für eine begrenzte Zeit die pragmatische Nutzung aller verfügbaren Energien und eine schnellere Wende hin zu regenerativen Energien. Und statt neue Subventionen wie einen Industriestrompreis zu etablieren, sind Senkungen bei der Stromsteuer und eine Reform der Netzentgelte sehr viel schneller und wirksamer. Vor allem kann so sichergestellt werden, dass Entlastungen kurzfristig in der Breite des Mittelstands ankommen und nicht nur wenige Großunternehmen begünstigt werden.

Und eines möchte ich nochmals deutlich unterstreichen: Die langfristig gleichmäßige und kostengünstige Versorgung vor allem mit grünem Strom wird nicht gelingen, wenn nicht die Netzinfrastruktur deutlich schneller ausgebaut wird. Das ist ein entscheidendes Nadelöhr der künftigen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands.

Die Energiepreise sind ein wichtiger Faktor in der Kalkulation von Unternehmen. Wir haben eine Sonderauswertung der Jahresabschlüsse unserer Firmenkunden durchgeführt, um die Auswirkungen der Energiepreissteigerungen genau zu analysieren. Die Energieaufwandsquote – also der Aufwand für Energie relativ zum Umsatz – ist 2022 deutlich gestiegen. Zwar haben es die Unternehmen aller Branchen – zumindest im Durchschnitt – geschafft, unter dem Strich einen Gewinn zu erzielen. Für einige Branchen wird es jetzt aber eng: Vor allem die Chemiebranche, das Transportgewerbe und die energieintensiven Segmente des Verarbeitenden Gewerbes können weitere Energiepreissteigerungen kaum verkraften.

Um diesen Sachverhalt noch etwas besser zu verstehen, haben wir die Mittelstandsexperten aller 353 deutschen Sparkassen direkt befragt. Wir wollten deren unmittelbare Kundenkenntnis nutzen, um besser zu verstehen, wie deren Firmenkunden mit den aktuellen Preissteigerungen umgehen. Nur 2 % der Experten erwarten, dass ihre Firmenkunden in existentielle Schwierigkeiten geraten werden. Zwei Drittel sehen aber Gewinnrückgänge, die die Ertragsituation erheblich belasten. Der Energiepreis ist ein substanzieller Faktor für die künftige Wettbewerbsfähigkeit – das gilt nicht nur für Großunternehmen, sondern eben auch für den Mittelstand in der Breite. Und genau deshalb müssen politisch gewollte Entlastungen allen und nicht nur wenigen zugutekommen.

Eine zufriedenstellende Ertragslage zu erhalten, wird für die Unternehmen zu einer Herausforderung. Unsere Prognose für die Gewinnentwicklung zeigt unter dem Strich für die meisten Branchen nach unten. Die Gefahr, dass Unternehmen in Länder abwandern, in denen Energie günstiger ist, ist akut. Das bestätigt auch eine aktuelle Umfrage der Deutschen Industrie- und Handelskammer. Demnach plant oder realisiert fast ein Drittel der Industriefirmen eine Verlagerung von Kapazitäten ins Ausland oder die Einschränkung der Produktion im Inland. Gegenüber der Umfrage vom Vorjahr ist das eine Verdopplung. Dabei sind die Hürden für eine zumindest teilweise Abwanderung für viele Firmen deutlich niedriger als viele denken: Die größeren Mittelständler sind bereits eng mit ausländischen Märkten verflochten und verfügen dort schon oft über Produktionsstätten, die sich schnell und einfach ausbauen lassen.

Zweiter Punkt: Digitalisierung. Hier enteilen uns andere Länder immer schneller. Digitale Prozesse sind ein Kernelement für wirtschaftlichen Erfolg. Deutschland hat hier die Entwicklung leider weitgehend verpasst. Wir müssen die verbleibenden Chancen nutzen. Künstliche Intelligenz ist dabei ein entscheidender Faktor. Sie kann helfen, Arbeitskräftelücken in Fachbereichen zu schließen. Die staatliche Infrastruktur spielt bei der Digitalisierung Deutschlands die entscheidende Rolle. Wir empfehlen deshalb der Bundespolitik, Mittel hier nicht zu kürzen, sondern mit mehr Kraft Kommunen und Länder auf dem Weg hin zu einer einheitlichen und modernen digitalen Infrastruktur zu unterstützen.

Es muss nicht alles mehrfach erfunden werden. Einmal richtig und überall wäre völlig ausreichend.

Dritter Punkt: Arbeitskräfte. Früher bemerkten wir wirtschaftliche Schwierigkeiten sehr rasch in steigenden Arbeitslosenzahlen. Das ist heute anders – aber kein Grund zur Beruhigung. Denn dieses Jahr werden netto 413.000 Menschen altersbedingt den Arbeitsmarkt verlassen. Dieser Effekt beschleunigt sich noch. Im Jahr 2028 werden es netto 538.000 sein. Zunehmend wird Nachfrage nicht mehr bedient werden können, weil Arbeitskräfte fehlen. Jeder von uns kann das schon heute bemerken. Es müssen deshalb alle Anstrengungen darauf konzentriert werden, dem Arbeitsmarkt mehr Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen:

- Dazu braucht es Anstrengungen in Bildung, denn wir brauchen alle arbeitsfähigen Menschen.
- Wir müssen über längere Lebensarbeitszeiten nachdenken.
- Und vor allem brauchen wir gezielte und gut organisierte Zuwanderung – mindestens 300.000 Menschen jedes Jahr.

II. Wachstumsprognose

In unserer Branchenprognose erwarten wir, dass der **Maschinenbau** auch als Ausrüster der Energiewende ein solides Wachstum aufweisen wird. Aber insbesondere die energieintensiven Branchen wie **Chemie** und **Metallerzeugung** müssen die Herausforderungen der Transformation bei hohen Umrüstkosten bewältigen. Für die **Industrie und Exportbranchen** wagen wir insgesamt einen (vorsichtigen) positiven Blick nach vorn: Die Versorgung mit Rohstoffen bzw. Vorprodukten ist seit dem dritten Quartal 2022 deutlich besser. Entsprechend stockt die Produktion weniger. Die Welthandelsprognose des IWF ist nach einem Knick für 2023 ab 2024/2025 wieder optimistischer. Zudem sind die Konjunkturprognosen des IWF für alle wichtigen Export-Zielländer Deutschlands positiv. Wir erwarten einen Investitionsschub im Investitionsgüterbereich, der durch die Transformationsprozesse in der Zukunft noch verstärkt werden dürfte. Auch bisher waren die Wachstumsraten der Ausrüstungsinvestitionen Quartal für Quartal positiv. Die Konsumbranchen wie **Einzelhandel** und **Gastgewerbe** leiden unter den gestiegenen Einkaufspreisen und der Preissensibilität ihrer Kunden. Die geplante Rückkehr der Mehrwertsteuer auf 19 % im Gastgewerbe wird die Preise zusätzlich treiben. Das ist für diese Branche eine erhebliche Belastung, die noch einmal viele Unternehmen an die Belastungsgrenze bringen wird. In der **Baubranche** haben sich die Materialengpässe zwar wieder entspannt und auch beim Fachkräftemangel zeigt sich zum Teil eine Besserung, aber die Auftragseingänge sind sehr schwach und liegen ungefähr auf dem Niveau von 2016.

Hoffnung besteht zumindest auf eine kurz- bis mindestens mittelfristig hohe Nachfrage nach Bauleistungen im Ausbau und Tiefbau aufgrund der Energiewende. Das Sorgenkind bleibt aber auch weiterhin der Wohnungsbau. Die hohen Vorgaben z.B. bei der Energieeffizienzklasse 40 werden dazu beitragen, dass die Baukosten weiter deutlich steigen. Das Ziel der Bundesregierung, mindestens 400.000 neue Wohnungen im Jahr zu bauen, ist so auch in den nächsten zwei Jahren nicht erreichbar. Die geplanten Sonderabschreibungen sind ein Schritt in die richtige Richtung, werden aber keine Trendwende bringen. Mehr Standardisierungen im Baurecht und weniger bürokratische Auflagen könnten die Baukosten spürbar senken. Und für selbstgenutztes Wohneigentum sollte die Grunderwerbsteuer abgeschafft werden. In vielen Bundesländern geht das angesparte Eigenkapital Bauwilliger mit der Grunderwerbsteuer fast vollständig an den Staat. Bei der Wohnungsbauförderung ist die Einkommensgrenze von 60.000 Euro (+ 10.000 Euro pro Kind) zu versteuerndes Einkommen für den Bau bzw. Erwerb eines Hauses mit dem Energiestandard 40 unrealistisch gering. Nötig sind eine Ausweitung der Kreditsumme, eine Erhöhung der Einkommensgrenze und eine Verlängerung der Zinsbindung von 10 auf 20 Jahre. Um in der Breite insbesondere den Bau von Mietwohnungen wieder in Schwung zu bringen, wäre ein Förderprogramm notwendig, das soziale Aspekte wie altersgerechtes Bauen sowie niedrige Baukosten als Fördervoraussetzung berücksichtigt. Also den Förderstandard 55 als Basis mit sozialen Aspekten kombiniert.

In dieser Woche steht die nächste Zinsentscheidung der EZB an. Für die Unternehmen kommt die Zinswende zu den Preissteigerungen verschärfend hinzu. Allerdings wirken steigende Zinsen auf die meisten Unternehmen nicht so stark direkt, sondern eher indirekt. Denn in der Kostenstruktur der meisten Branchen spielt der Zinsaufwand nur eine untergeordnete Rolle, sogar mit weiter sinkender Tendenz. Zum einen sind die Zinsen längst nicht so stark gestiegen wie andere Kostenkomponenten. Und zum anderen ist der Umsatz der Unternehmen sehr dynamisch gewachsen. Die Zinsaufwandsquote – also der Zinsaufwand relativ zum Umsatz – sinkt daher kontinuierlich. Er macht mittlerweile weniger als 1 % vom Umsatz aus. Kreditzinsen sind deshalb für die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen kein entscheidender Faktor. Genau das ist auch die Beobachtung unserer befragten Mittelstandsexperten in den Sparkassen.

Ein deutlich höheres Gewicht haben Steigerungen beim Material- oder Personalaufwand. Und hier ist eine besondere Aufmerksamkeit geboten. Denn die hohen Kostensteigerungen dort führen nach Erkenntnissen unserer Kollegen vor Ort dazu, dass die Investitionsbereitschaft zurückgeht. Es muss sehr darauf geachtet werden, dass wegen höherer Personalaufwendungen heute nicht Arbeitsplätze von morgen in Frage stehen.

Nun sind mehr Investitionen in innovative Technologien und Effizienzsteigerungen zwingend, wenn die Transformation gelingen soll.

In vielen Bereichen haben sich die deutschen Unternehmen als weltweite Markt- und Technologieführer etabliert. Auch bei Klimaschutzgütern hat der deutsche Mittelstand sehr großes Potenzial – als Anbieter und für die eigene Effizienzverbesserung. Allerdings wird es mittelständischen Unternehmen sehr schwer gemacht, diese Stärke auszuspielen. Die Idee der aktuellen Regulierung ist es, grüne Investments wirtschaftlich zu belohnen. Der Grundgedanke ist richtig, die Praxis sieht aber anders aus. 99% der Firmenkunden von Sparkassen unterliegen gar nicht der CSRD und damit der EU-Taxonomie zur Klassifizierung von grünen oder konventionellen Finanzierungen. Sie können damit von wirtschaftlichen Entlastungen gar nicht profitieren. Das ist ungerecht: Denn unsere Mittelstandsexperten sagen, dass einer der wesentlichen Verwendungszwecke für Investitionskredite schon immer die Steigerung der Energie- und Ressourceneffizienz gewesen ist. Und zuletzt wurden deutlich mehr Kredite vergeben, die primär auf Effizienzsteigerungen abzielen, wie z.B. die Umstellung von Strom auf Wasserstoff oder die Umrüstung auf Elektro-Fahrzeuge. Jetzt kann die Lösung aber nicht darin bestehen, die Breite des Mittelstandes mit einem dichten Geflecht von Melde- und Reportingpflichten zu überziehen. Diese Belastungen würden die wirtschaftlichen Vorteile der als nachhaltig klassifizierten Investitionen schnell überkompensieren. Hinzu kommt, dass die Green Asset Ratio nur abbildet, was schon „grün“ ist. Uns kommt es aber darauf an, Unternehmen dabei zu unterstützen, sich in Richtung „grün“ zu entwickeln. Das ist der größere Hebel.

Wir haben uns deshalb Gedanken gemacht, wie wir den mittelständischen Unternehmen hier helfen können. Unternehmen müssen in Zukunft nachhaltiger sein, um weiterhin erfolgreich zu sein. Natürlich aus ökologischen Erwägungen heraus. Aber auch, weil Energiesparen heißt: Kosten sparen. Das steigert die Rentabilität und damit die Wettbewerbsfähigkeit. Und nicht zuletzt verspricht ein Mehr an Nachhaltigkeit einen Reputationsgewinn bei Geschäftspartnern und Kunden. Sparkassen begleiten ihre Firmenkundinnen und -kunden überall in Deutschland auf dem Weg Richtung Nachhaltigkeit. Das reicht von der Nachhaltigkeitsbeurteilung von Unternehmen und passgenauer Beratung, über die Entwicklung nachhaltiger Geschäftsmodelle bis hin zu einer Bandbreite integrierbarer Finanzierungslösungen. Aus unserer Sicht ist sehr wichtig, dass die mittelständischen Unternehmen von bürokratischen Lasten und Meldepflichten befreit werden, um ihre Kraft in die Transformation setzen zu können. Wir alle wollen eine nachhaltigere Welt – aber dabei nicht in Bürokratie versinken. Wir begrüßen deshalb, dass sich die Bundesregierung in den „Meseberger Beschlüssen“ Bürokratieabbau vorgenommen hat. Allein, Ankündigungen hat es schon oft gegeben. Jetzt zählt die Tat!

III. Kreditvergabe der Sparkassen im ersten Halbjahr

Die passende Finanzierung ist elementar für den Wandel unserer Wirtschaft und Gesellschaft in Richtung Nachhaltigkeit. Die Sparkassen-Finanzgruppe ist mit einem Marktanteil von mehr

als 40 % unangefochten Marktführer für Unternehmensfinanzierungen in Deutschland. Wir finanzieren damit einen sehr großen Anteil der ökologischen Transformation der deutschen Wirtschaft. Allerdings liegen auch bei uns die Kreditzusagen an Unternehmen und Selbständige im ersten Halbjahr 2023 um mehr als ein Drittel unter dem Vorjahreswert. Zwar war das Jahr 2022 auch ein Rekordjahr. Aber wir spüren vor allem den deutlichen Rückgang bei gewerblichen Wohnimmobilienfinanzierungen. Diese sind gegenüber dem 1. Halbjahr 2022 um mehr als die Hälfte zurückgegangen, die Investitions- und Betriebsmittelkredite immerhin um knapp ein Viertel. Dieser Rückgang zeigt ganz deutlich: Deutschland braucht gute Rahmenbedingungen zum Bauen. Und vor allem braucht unser Land wieder mehr Zuversicht, damit mutig in die Zukunft investiert wird.

Kapital zur Finanzierung der Transformation steht dem Mittelstand derzeit ausreichend zur Verfügung. Vor allem liquide Mittel bei den Unternehmen selbst sind derzeit kein Engpassfaktor. 187 Mrd. Euro, darunter 146 Mrd. EUR Sichteinlagen, stehen den Unternehmen Ende Juni 2023 an Liquidität auf eigenen Konten zur Verfügung. Das ist neben der unverändert hohen Eigenkapitalausstattung der Mittelständler ein zweites wichtiges Sicherheitspolster in Krisenzeiten. Und Sparkassen und Landesbanken sind auch bereit und in der Lage, Investitionen, vor allem in die Transformation, umfassend mit Krediten zu begleiten.

IV. Fazit

Meine Damen und Herren,
der Mittelstand ist finanziell solide aufgestellt. Er trägt maßgeblich zum wirtschaftlichen Erfolg Deutschlands bei und sichert das wirtschaftliche Fundament dieses Landes. Diese wichtige Funktion muss der Mittelstand auch zukünftig erfüllen können. Denn für die Transformation der deutschen Volkswirtschaft hin zu einer nachhaltigen, ressourceneffizienten und innovativen Volkswirtschaft kommt dem Mittelstand eine entscheidende Rolle zu. Deutschland ist in einer schwierigen wirtschaftlichen Phase. Aber wir haben einige Pfunde, mit denen wir wuchern können. Nicht zuletzt sind das die mittelständischen Unternehmerinnen und Unternehmer, die ihre Betriebe flexibel und resilient organisiert haben. Sie sind die wirtschaftliche Basis dieses Landes. Wenn in diesen Tagen viel von „Deutschland-Tempo“ und „Deutschland-Pakt“ die Rede ist, dann möchte ich auf einen zentralen Punkt aufmerksam machen. Tempo machen derzeit vor allem die mittelständischen Unternehmen. Es wäre schon viel geholfen, wenn der Staat sie nicht weiter durch zu viel Auflagen und Bürokratie bremsen würden. Und wenn der Staat dann bei Energie, Digitalisierung und Arbeitskräfteangebot Tempo macht, dann hat unser Land alle Voraussetzungen, um wieder durchzustarten und zu alter wirtschaftlicher Stärke zurückzufinden. Unser Land ist wirtschaftlich stärker als es derzeit beschrieben wird. Der politische Gestaltungswille sollte dieser Stärke und dieser Ambition entsprechen. Wir können, wenn wir wollen. Nur Wollen müssten wir.
Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.